

Fietkau, Hans-Joachim

Working Paper — Digitized Version

Ökologisches Denken in westlichen Industrienationen: Eine 1980 durchgeführte Studie in der Bundesrepublik Deutschland, England und USA

WZB Discussion Paper, No. IIUG dp 82-9

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Fietkau, Hans-Joachim (1982) : Ökologisches Denken in westlichen Industrienationen: Eine 1980 durchgeführte Studie in der Bundesrepublik Deutschland, England und USA, WZB Discussion Paper, No. IIUG dp 82-9, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/82975>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

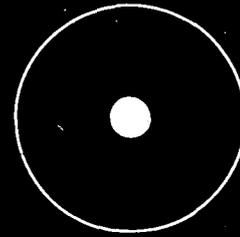
Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wissenschaftszentrum



Berlin

IIUG/dp - 82-9

Ökologisches Denken in westlichen
Industrienationen

Eine 1980 durchgeführte Studie in der
Bundesrepublik Deutschland, England
und USA

von

Hans-Joachim Fietkau

Internationales
Institut
für
Umwelt
und
Gesellschaft

International
Institute
for
Environment
and
Society

discussion papers

Zusammenfassung und Einordnung in das Institutsprogramm

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über eine Erhebung, die das Internationale Institut für Umwelt und Gesellschaft 1980 zum Wandel ökologischer Wertvorstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, England und USA durchgeführt hat. Die Ergebnisdarstellung erfolgt auf deskriptivem Niveau. Die Forschungsarbeiten, die zu diesem Beitrag führten, sind dem Forschungsgebiet Umweltbewußtsein zuzuordnen.

Summary and Relationship of this Paper to the Institute's Program

This article provides an overview of results from an IIES survey conducted in 1980 to examine potential shifts in ecological value-structures among the citizenry in the Federal Republik of Germany, Great Britain and the United States. The survey data will be presented in descriptive fashion. The research work serving as the basis for this article is part of a larger body of social science research within the area of environmental awareness.

Vorarbeiten

Auf der Basis langjähriger theoretischer Überlegungen und empirischer Vorarbeiten wurde durch die Forschungsgruppen in Berlin, Buffalo und Bath ein Fragebogen entwickelt, der geeignet scheint, ökologische Werte in westlichen Industrienationen zu erfassen. Die Fragebogenentwicklung mußte auf die drei Hauptuntersuchungsziele abgestimmt werden. Es sollte möglich sein, einen internationalen Vergleich ökologischer Wertvorstellungen zu vollziehen, es sollte möglich werden, den Fragebogen an unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen zu geben, um möglicherweise unterscheidbare Sichtweisen der in diesem Bereich gesellschaftlich relevanten Gruppen darzustellen und der Fragebogen sollte geeignet sein, als Instrumentarium für eine Längsschnittanalyse den Wandel ökologischer Werte in der Zeit aufzuweisen. Über die Fragebogenentwicklung im einzelnen ist gesondert in Kap. berichtet.

Umweltschutz und ökologische Krisenerscheinungen sind in das Blickfeld öffentlicher und politischer Auseinandersetzung gerückt. Sie führen nicht mehr wie noch in den 70er Jahren das Schattendasein bürokratischer und technokratischer Behandlung. Die hier im Zentrum stehenden Fragen sind Gegenstand politischer - auch parteipolitischer - Auseinandersetzung geworden. Heute kommt kaum eine politische Gruppierung mehr umhin, zu diesem Fragenkomplex Stellung zu nehmen und Antworten zu suchen. Mit dem Anwachsen der politischen Bedeutsamkeit dieses Problemkreises ist die öffentliche Meinung zu diesen Fragen zum politisch relevanten Faktor geworden. Umweltbewußtsein kann als einer der Motoren und notwendigen Voraussetzungen einer effektiven Umweltpolitik gesehen werden. Die politische Dimension des Themas machte es erforderlich, ökologische Wertvorstellungen im Kontext allgemeiner gesellschaftspolitischer Auffassungen zu erfassen. Die Untersuchungsbefunde, die in diesem Buch dargestellt werden, machen die Richtigkeit dieser Einschätzung deutlich. Umweltwerte und gesellschaftliche Wertvorstellungen stehen in

einem deutlich aufweisbaren Zusammenhang.

Aus einer politisch-handlungsorientierten Perspektive haben Wertvorstellungen in der Bevölkerung lediglich instrumentalen Charakter. Umweltpolitisch sind Handlungen wichtiger als Einstellungen. Einstellungen sind notwendige, aber sicher nicht hinreichende Voraussetzungen zur Realisierung umweltgerechten Handelns. Umweltgerechtes Handeln kann auf zwei Ebenen gesehen werden. Es bezieht sich einmal auf die Bereitschaft des Einzelnen, in seinem Lebensraum, in seinen privaten Verhaltensweisen Umweltgesichtspunkten Rechnung zu tragen; zum anderen bezieht sich umweltgerechtes Handeln auf die Unterstützung und Forderung umweltgerechter politischer Handlungsweisen der umweltpolitisch relevanten Akteure. Diesen Überlegungen folgend gliedert sich der Fragebogen in vier Hauptfragekomplexe:

1. Aspekte des Umweltbewußtseins
2. Umweltbezogene gesellschaftliche Einstellungen
3. Umweltbezogene private Handlungsbereitschaft
4. Umweltbezogene politische Aktivitäten

Aus wissenschaftlicher, aber auch aus politischer Sicht ist es wesentlich, die Lebensumstände zu analysieren, die zu umweltgerechten Einstellungen und Handlungsweisen führen. Eine Reihe von Fragen im Fragebogen beziehen sich deshalb auf

5. Indikatoren für die natürliche und
6. Indikatoren für die soziale Lebensumwelt

der Befragten.

Im Zentrum der Untersuchung aber stehen Einstellungen und Werthaltungen. Die Fragekomplexe 1 und 2, die sich mit Einstellungen und Wertungen befassen, lassen sich anhand der Ergebnisse der Voruntersuchungen, die sich in der hier beschriebenen großen Studie im Grundmuster bestätigen ließen, in folgende Einstellungsdimensionen aufgliedern: die Fragen, die unter der Überschrift Aspekte des Umweltbewußtseins

zusammengefaßt sind, gliedern sich in

- Einstellung gegenüber Kernkraft
- Einstellung gegenüber dem Rohstoffproblem
- Grenzen des Wachstums
- die Bewertung des technischen Fortschritts

Die umweltbezogenen gesellschaftlichen Werthaltungen lassen sich in drei Aspekte aufgliedern:

- Materialismus/Postmaterialismus
- Leistungsbewertung
- Beurteilung staatlicher Kontrolle

Die Untergliederungen sind faktorenanalytisch gewonnen worden und werden im Kap. ausführlicher dargestellt.

Diese Gliederung des Fragebogens läßt sich in einem Strukturschema (vgl. Tabelle 1) darstellen.

Erhebungsmethodik

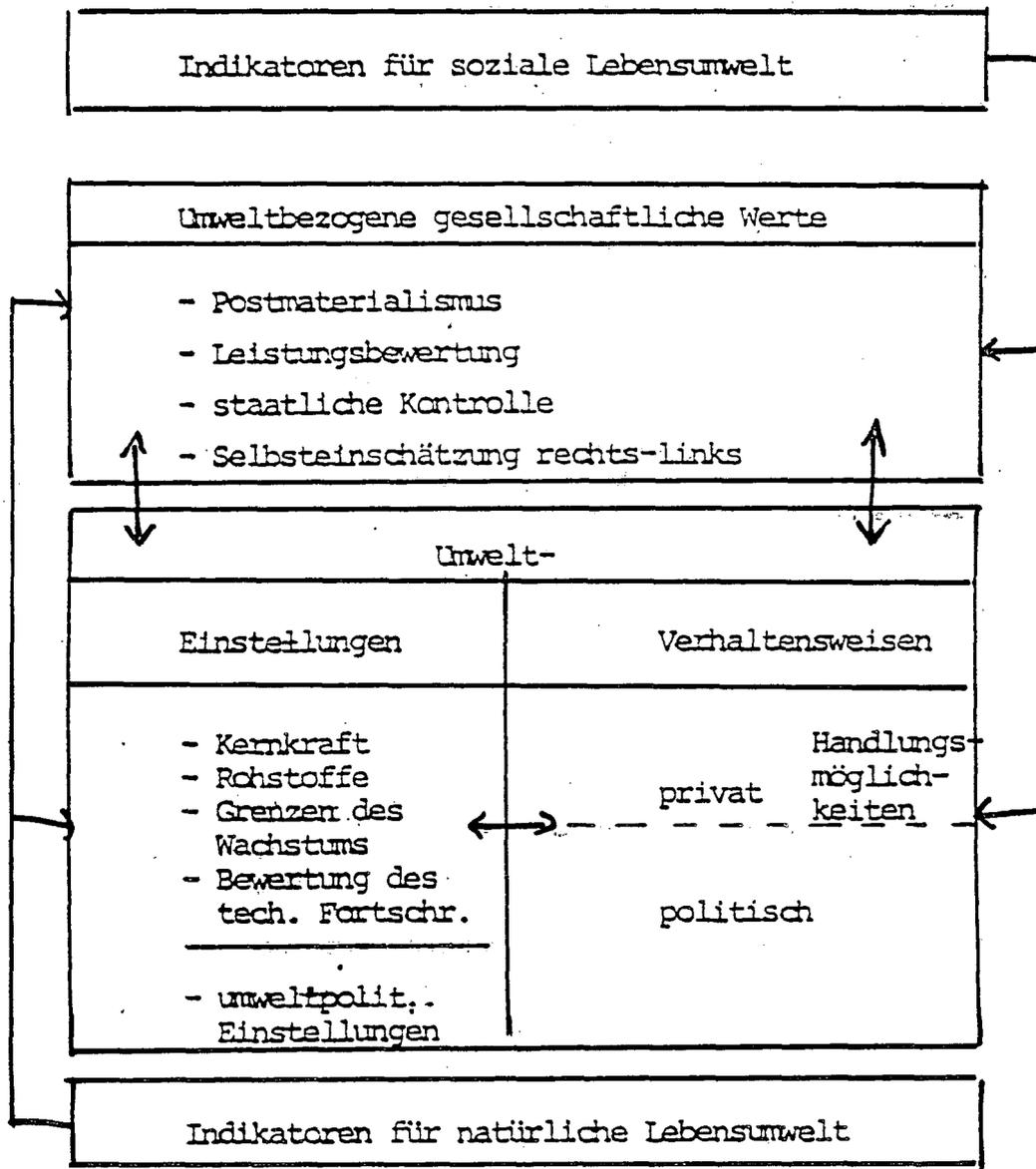
Die Fragebogenerhebung wurde in der Bundesrepublik Deutschland, in England und in den USA durchgeführt. Darüber hinaus liegen Befunde, die mit Hilfe dieses Fragebogens gewonnen wurden, aus Australien vor. Die Ergebnisse, die wir aus Australien haben, sind jedoch relativ lückenhaft und können nur punktuell dargestellt werden.

In allen drei Erhebungsländern wurden Repräsentativerhebungen in der allgemeinen Bevölkerung durchgeführt. Darüber hinaus wurden in den Ländern Zielgruppenuntersuchungen bei:

1. Umweltschützern
2. Industrievertretern und
3. Politikern durchgeführt.

In England und in den USA fanden zusätzliche Zielgruppen-erhebungen statt. In England wurden zusätzlich Gewerkschafter befragt, in den USA Gewerkschafter und Medienvertreter.

Tabelle 1: Strukturschema des Fragebogens



Die Erhebungsstichproben sind in Tabelle 2 beschrieben und dort findet sich auch eine detaillierte Rücklaufstatistik der einzelnen Erhebungsgruppen.

Die Erhebungen wurden in allen drei Ländern schriftlich durchgeführt. Die Vergleichbarkeit der Erhebungen in den drei Ländern ist mit Blick auf die Stichprobe der allgemeinen Bevölkerung sowohl was die Erhebungsmethodik als auch was die Stichprobenauswahl angeht vergleichbar. Mit Bezug auf die Zielgruppenanalysen in den einzelnen Ländern erscheint es problematisch, Vergleiche zwischen den Ländern zu ziehen. Am ehesten ist dies noch bei den Industrievertretern möglich. Das jedoch, was hier definitorisch gleichlautend unter Umweltschützern und Politikern gefaßt ist, ist aufgrund der Unterschiedlichkeit der politisch administrativen Systeme wie der Organisation der Umweltschutzbewegung in den einzelnen Ländern problematisch. Interpretationen können nur mit Blick auf die Definition der Erhebungsstichproben erfolgen und erfordern eine tiefe Kenntnis des organisatorisch politischen Umfeldes in diesem Bereich in den jeweiligen Ländern.

Ergebnisse

Die Ergebnisse sollen hier lediglich in einem groben Überblick dargestellt werden. Die Ergebnisdarstellung beschränkt sich hier auf ein deskriptives Datenanalyseniveau. Weitergehende, insbesondere multivariate Datenanalysen werden in diesem Kapitel nicht dargestellt. Die Ergebnisdarstellung dient einem ersten Überblick über die Untersuchungsbefunde. Die Darstellung der Ergebnisse aus den ersten beiden Abschnitten des Fragebogens, die sich auf Aspekte des Umweltbewußtseins und umweltbezogene gesellschaftliche Einstellungen beziehen, sind inhaltlich nach Maßgabe der faktoriellen Strukturierung der Fragen, wie sie sich aus den Voruntersuchungen, aber auch in dieser Untersuchung selbst ergeben haben, zusammengefaßt.

Tabelle 2

Beschreibung der Stichproben und Rücklaufstatistik

a) Stichproben

Bundesrepublik Deutschland

Allgemeine Bevölkerung (allgemein)

Stratifiziertes Stichprobenverfahren (SCHAEFER, F.
Repräsentativerhebung
durchgeführt durch das Institut für Demoskopie
Allensbach

Personen in Umweltschutzverbänden (Umweltschützer)

Grundgesamtheit: Adressenverzeichnis des
Umweltbundesamtes "Bürger im Umweltschutz"

Leitende Personen aus der Wirtschaft (industrielle)

Grundgesamtheit "Leitende Männer der Wirtschaft" 1979

Politiker

40 leitende Mitarbeiter der Umweltbehörden in Bund
und Ländern wurden gebeten, jeweils 10 Fragebögen in
ihrer Institution zu verteilen. Die Mitarbeiter sollen
die Fragebögen dann einzeln an uns zurückschicken.

UK

Allgemeine Bevölkerung

Stratifiziertes Zufallsverfahren auf der Basis von
Wählerverzeichnissen

Personen aus der neuen Umweltschutzbewegung (environmental.)

Zufallsauswahl aus der nationalen Mitgliederliste
der "Conservation Society"

Personen aus der klassischen Umwelt- und Naturschutz-
bewegung (conserv.)

Zufallsauswahl aus der Mitgliederliste des "Summerset
Trust for Nature Conservation"

Leitende Personen der Wirtschaft (industrialists)

Quelle "Directory of Directors" 1979

Leitende Personen aus Regierung und öffentlicher
Verwaltung (politicians)

Quelle "Dod's Parliamentary Companion" 1979

Personen aus der Gewerkschaftsführung (union leaders)

Quelle "Trade Unions Handbook" 1979

USA

Allgemeine Bevölkerung

Zufallsauswahl aus Telefonbüchern der USA-Staaten

Mitglieder in Umweltschutzverbänden (environmental.)

Zufallsauswahl aus Mitgliederlisten verschiedener
US-Umweltschutzverbände

Führungspersonen der Wirtschaft (industrialists)

Führende Personen in US-amerikanischen Unternehmen
Quelle "Fortune 500", "Standards and Poors
Cooperations", "Directors and Executives"

Mitglieder der öffentlichen Verwaltung (appointed pol.)

Führende Personen der öffentlichen Verwaltung auf
Bundes-, Staats- und Gemeindeebene

Leitende Personen aus den Gewerkschaften

Quelle "Who's Who in Labor" 1976

Redakteure von Tagesmedien. (media gate keeper)

Zufallsverfahren unter Verwendung verschiedener
Quellen (vgl. CORNWELL, M. 1980)

b) Rücklaufstatistik

1.4.1.5 Rücklaufstatistik BRD

Gruppe	ange- schrieben	Frage- bogen	Adressen fehlerhaft	Rücklauf	Rücklauf- rate in %
allgemein	2.481	2.481	253	1.088	48,8
Umwelt- schützer	112	448	4	98	21,9
Industrielle	400	400	6	130	32,5
Politiker	40	400	0	102	25,5

1.4.2.7 Rücklaufstatistik UK

Gruppe	ange- schrieben	Adressen fehlerhaft	Rücklauf	Rücklauf- rate in %
allgemein	2.000	267	725	41,6
environmental	262	29	176	75,5
conserv.	250	7	200	82,4
industrialists	499	10	261	53,5
politicians	499	6	188	38,2
union leaders	500	23	308	64,6

1.4.3.8 Rücklaufstatistik USA

Gruppe	ange- schrieben	Adressen fehlerhaft	Rücklauf	Rücklauf- rate in %
allgemein	3.835	986	1.513	53,1
environmental	358	25	225	67,6
industrialists	497	43	223	49,1
appointed pol	268	18	153	61,2
elected pol	266	10	78	36,1
union leaders	197	17	85	47,2
media gate k	264	9	105	41,2

Ergebnisüberblick

Mit drei Fragen wurde die Einstellung der Bevölkerung zu Wissenschaft, Technik und Industriegesellschaft erhoben (vgl. Tabelle 3, 4 und 5). Die überwiegende Mehrzahl der Befragten ist der Ansicht, daß Industriegesellschaften ihren Bürgern ein hohes Maß an Lebensqualität bieten. Es herrscht eine deutlich positive Einschätzung der modernen Technik vor und auch für die Bewältigung zukünftiger Aufgaben werden in der Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik große Chancen gesehen. In der Beurteilung der Lebensqualität in Industriegesellschaften gibt es Unterschiede in den Erhebungsländern. Die Befragten in der Bundesrepublik Deutschland sehen die Lebensqualität, die Industriegesellschaften ihren Bürgern bieten, weitaus positiver als die befragten Engländer und Amerikaner. Es ist sicher nicht verwunderlich, daß Umweltschützer sowohl in ihrer Einschätzung gegenüber der Industriegesellschaft als auch in ihrer Beurteilung des wissenschaftlich technologischen Fortschritts skeptischer sind als die Vertreter der Industrie. Die Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen sind sehr deutlich. Umweltpolitiker sind in ihrem Urteil dichter bei dem Meinungsklima der allgemeinen Bevölkerung. Es fällt jedoch auf, daß bei allen drei Fragen Umweltpolitiker gegenüber technischer Entwicklung und Industriegesellschaft einen skeptischeren Standpunkt einnehmen als die allgemeine Bevölkerung.

Die Beurteilung der Ernsthaftigkeit der Rohstoff- und Energieprobleme in unserer Zeit ist sowohl im internationalen Vergleich als auch im Vergleich zwischen den gesellschaftlichen Gruppen außerordentlich homogen (vgl. Tabelle 6, 7 und 8). Das Ressourcenproblem wird von allen als außerordentlich ernst wahrgenommen.

Drei Fragen beziehen sich auf die Einstellung der Bevölkerung zur Kernkraft (vgl. Tabelle 9, 10 und 11). Obgleich die Risiken der Kernkraft, die sich aus der Lagerung des Atommülls, aber auch aus der Möglichkeit eines Atomunfalls

Tabelle 3

Frage 1,3 Industriegesellschaften bieten ihren Bürgern ein hohes Maß an Lebensqualität

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	5,4	4,5	4,8
Umweltschützer	4,6	4,5	4,7
Industrievertreter	5,9	5,2	6,0
Umweltpolitiker	5,0	4,4	5,4

Quelle: (für Tab. 3 bis 26)

Erhebung Umweltbewußtsein im internationalen Vergleich, Erhebungswelle 1980 des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft

angegeben sind die arithmetischen Mittel auf einer 7-stufigen Skala. Bei unipolarer Fragestellung bezeichnet der Skalenwert 1 ein hohes Ausmaß an Ablehnung und 7 ein hohes Maß an Zustimmung

Tabelle 4

Frage 1,6 Die moderne Technik hat mehr positive als negative Auswirkungen

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	5,1	5,0	5,2
Umweltschützer	3,8	4,5	4,6
Industrievertreter	5,7	5,8	6,2
Umweltpolitiker	4,8	5,4	5,4

Tabelle 5

Frage 1.10 Wissenschaft und Technik sind unsere große
Chance für die Zukunft

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	6,0	5,4	5,7
Umweltschützer	5,0	4,4	4,7
Industrievertreter	6,5	5,6	6,1
Umweltpolitiker	5,6	5,1	5,5

Tabelle 6

Frage 1.1 Wenn es so weitergeht wie bisher, werden Rohstoffe
wahrscheinlich knapp werden

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	6,1	5,7	5,8
Umweltschützer	6,6	6,3	6,4
Industrievertreter	5,6	5,0	5,8
Umweltpolitiker	6,1	5,0	5,7

Tabelle 7

Frage 1.7 Wir brauchen die Ölreserven der Welt schnell auf

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	5,7	6,0	5,1
Umweltschützer	6,3	6,4	6,4
Industrievertreter	5,4	5,7	5,4
Umweltpolitiker	6,0	6,0	5,6

Tabelle 8

Frage 1.11 Energieprobleme, die die Wirtschaft belasten, werden häufiger, wenn wir so weitermachen wie bisher

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	6,1	5,8	5,8
Umweltschützer	6,5	6,2	6,5
Industrievertreter	6,0	5,5	6,0
Umweltpolitiker	6,0	5,7	6,0

Tabelle 9

Frage 1.2 Die Lagerung des Atommülls ist zu gefährlich

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	5,1	5,2	5,0
Umweltschützer	5,7	5,7	6,0
Industrievertreter	3,6	5,3	3,3
Umweltpolitiker	4,3	3,3	4,0

Tabelle 10

Frage 1.6 Die Wahrscheinlichkeit eines Atomunfalls, der zu Umweltbelastungen führt, nimmt zu

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	5,2	5,4	5,0
Umweltschützer	5,8	5,7	6,0
Industrievertreter	4,1	4,6	3,5
Umweltpolitiker	4,9	4,4	4,7

ergeben, werden von den Befragten sehr deutlich gesehen. Dennoch sind abgesehen von den Umweltschützern die meisten Befragten der Ansicht, daß wir Kernenergie brauchen. Industrievertreter schätzen die mit der Kernenergie verbundenen Risiken im Durchschnitt geringer ein.

Die Grenzen des Wachstums, sowohl was die globale Bevölkerungsentwicklung als auch was die weitere industrielle Expansion angeht, werden von den meisten Befragten in aller Deutlichkeit gesehen. Sie sind der Ansicht, daß die Zahl der Menschen, die die Erde versorgen kann, bald erreicht ist (vgl. Tabelle 12) und daß wir bereits an Grenzen des industriellen Wachstums gestoßen sind (vgl. Tabelle 14). Aus der Sicht der Bevölkerung besteht eine dringende Notwendigkeit dazu, mit der Natur in Einklang zu leben (Tabelle 13). Im Vergleich zwischen den Ländern und den Gruppen ist auffällig, daß diese drei Fragen, in denen sonst bei allen Befragungsgruppen eine große Besorgnis zum Ausdruck kommt, in deutlicher Weise von den Industrievertretern in den USA anders beurteilt werden. Diese Gruppe ist auch angesichts der heute geführten ökologischen Diskussion weiter der Ansicht, daß eine Ausweitung des industriellen Wachstums möglich ist. Diese Gruppe sieht die Versorgungsprobleme angesichts der globalen Bevölkerungsentwicklung auch deutlich weniger ernst.

Der zweite Fragekomplex des Fragebogens befaßt sich mit umweltrelevanten gesellschaftlichen Einstellungen. Wie an anderem Ort noch ausführlicher zu diskutieren sein wird, gliedern sich die gesellschaftspolitischen Einstellungen, die mit Hilfe dieses Fragebogens erfaßt werden, in drei Einstellungsbereiche:

- Postmaterialismus/Materialismus
- Leistungsbewertung
- Einstellung zur staatlichen Kontrolle.

Tabelle 11

Frage 1.9 Wir brauchen Kernenergie

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	5,2	4,8	5,1
Umweltschützer	3,1	4,0	3,4
Industrievertreter	6,2	6,0	6,5
Umweltpolitiker	4,8	5,6	5,6

Tabelle 12

Frage 1.4 Die Zahl der Menschen, die die Erde versorgen kann, ist bald erreicht

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	5,2	5,0	4,4
Umweltschützer	5,4	5,6	5,7
Industrievertreter	4,5	4,4	3,8
Umweltpolitiker	5,1	4,4	4,0

Tabelle 13

Frage 1.8 Um zu überleben, muß der Mensch mit der Natur
in Einklang leben

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	6,4	6,2	6,2
Umweltschützer	6,7	6,6	6,6
Industrievertreter	6,0	5,8	5,7
Umweltpolitiker	6,0	5,7	6,0

Tabelle 14

Frage 1.12 Es gibt Grenzen des Wachstums, über die hinaus
sich unsere industrialisierte Welt nicht aus-
dehnen kann

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	5,8	4,9	4,3
Umweltschützer	6,6	5,8	5,6
Industrievertreter	5,1	4,3	3,5
Umweltpolitiker	5,9	4,7	4,0

Unter dem Faktor Postmaterialismus/Materialismus sind sechs Fragen zusammengefaßt. Es fällt auf, daß die zwei umweltbezogenen Fragen (vgl. Tabelle 15 und 16) sich dem Kognitions-konzept Postmaterialismus zuordnen. Dies ergibt einen Hinweis darauf, daß ökologische Wertvorstellungen eingebunden sind in neue gesellschaftspolitische Grundüberzeugungen.

Im einzelnen zeigen sich folgende Antworttendenzen:

- Naturerhaltung ist in allen befragten Gruppen ein hoher gesellschaftlicher Wert. Aus der Sicht der meisten Befragten darf Natur nicht mehr überwiegend instrumental gesehen werden. Natur hat einen Wert an sich und steht nicht lediglich in der Dienstfunktion für Menschen Wohlstand zu schaffen. Bei der Beantwortung dieser Frage finden sich deutliche Unterschiede zwischen den befragten Gruppen. Lediglich unter den Vertretern der Industrie gibt es eine Reihe von Befragten, die den instrumentalen Charakter: die Naturnutzung, gegenüber der Naturerhaltung betonen.
- Die Mehrzahl der Befragten ist nicht bereit, für die Schaffung gesellschaftlichen Wohlstands Risiken in Kauf zu nehmen. Die in der Befragung ausgesprochene Risikobereitschaft schwankt interkulturell relativ stark. Die in der Bundesrepublik Befragten sind über alle Gruppen hinweg am wenigstens risikobereit. Eine höhere Risikobereitschaft findet sich in den angelsächsischen Ländern - insbesondere in den USA. (vgl. Tabelle 17).
- Bei der Beantwortung dieser Fragen ist durchgängig auffällig, daß wirtschaftlichem Wachstum gegenüber anderen, eher subjektiv direkt erfahrbaren Merkmalen einer Gesellschaft relativ wenig Bedeutung beigemessen wird. In der Gegenüberstellung der gesellschaftlichen Ziele Umweltschutz und Wirtschaftswachstum ergibt sich bei der deutlichen Mehrzahl der Befragten in allen Ländern und allen Gruppen eine deutliche Präferenz für den Umweltschutz.

Tabelle 15

Frage 202

Eine Gesellschaft, die be-
strebt ist, die Natur so 1 2 3 4 5 6 7
zu erhalten, wie sie ist

Eine Gesellschaft, die die
Nutzung der Natur betont,
um allgemeinen Wohlstand zu
schaffen

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	3,6	3,0	3,3
Umweltschützer	2,7	2,0	2,1
Industrievertreter	4,4	3,3	3,9
Umweltpolitiker	3,5	3,1	3,5

Tabelle 16

Frage 212

Eine Gesellschaft, die
Umweltschutz über Wirt- 1 2 3 4 5 6 7
schaftswachstum stellt

Eine Gesellschaft, die
Wirtschaftswachstum über
Umweltschutz stellt

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	3,0	2,8	3,0
Umweltschützer	2,2	1,9	1,9
Industrievertreter	3,6	3,4	4,1
Umweltpolitiker	2,9	3,2	3,5

Tabelle 17
Frage 204

Eine Gesellschaft, die versucht, Wohlstand nicht um den Preis von Risiken zu schaffen

1 2 3 4 5 6 7

Eine Gesellschaft, die bewußt Risiken in Kauf nimmt, um Wohlstand zu schaffen

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	2,8	3,7	3,9
Umweltschützer	2,4	3,0	3,2
Industrievertreter	3,9	4,7	5,4
Umweltpolitiker	2,6	4,3	4,2

- Es scheint, als würde gegenüber materiellen Werten in einer Gesellschaft neue Wertorientierungen in den Vordergrund treten. Die subjektive Befriedigung, die Menschen aus Arbeit ziehen können, die Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen und die Beurteilung von menschlichen (im Gegensatz zu leistungsbezogenen) Gesichtspunkten findet bei der überwiegenden Mehrzahl der Befragten ein hohes Maß an Wünschbarkeit (vgl. Tabelle 18, 19 und 20).

Zwei Fragen (vgl. Tabelle 22 und 23) befassen sich mit der Beurteilung einer differenziellen Leistungsbewertung durch die Gesellschaft. Die Mehrzahl aller Befragten ist der Ansicht, daß der Lebensstandard des einzelnen in erster Linie von dessen Leistung abhängen soll. Im Vergleich dazu äußern weniger befragte die Überzeugung, daß eine Gesellschaft bestrebt sein soll, den Grundbedürfnissen des einzelnen unabhängig von dessen Leistungen gerecht zu werden. Unterschiede in Fähigkeiten, Bildung und Leistung sollen aus der Sicht der Befragten finanziell belohnt werden. Lediglich die Engländer und dort insbesondere die allgemeine Bevölkerung und die Gruppe der Umweltschützer betonen die Notwendigkeit, Grundbedürfnisse des einzelnen auch unabhängig von dessen Leistungen abzusättigen, daß es in der Beurteilung dieser Fragen keine sehr starken Unterschiede zwischen den Umweltschützern und der Stichprobe der allgemeinen Bevölkerung gibt. Vertreter von Umweltschutzgruppen akzeptieren genau wie die Befragten in der allgemeinen Bevölkerung eine differenzierte Leistungsbeurteilung in unserer

Dem Fragekomplex Leistungsbewertung schließt sich in der kognitiven Struktur der Befragten die Frage nach den Notwendigkeiten für die Förderung von Wirtschaftswachstum an (vgl. Tab. 21). Hier allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Befragten Gruppen. Die Förderung von Wirtschaftswachstum wird insbesondere von den Industrievertretern hervorgehoben und betont, während die Umweltschützer, aber auch Umwelt-

Tabelle 18

Frage 206

Eine Gesellschaft, die Wert darauf legt, daß menschliche Arbeit in erster Linie befriedigend ist

1 2 3 4 5 6 7

Eine Gesellschaft, die Wert darauf legt, daß Arbeit in erster Linie wirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung trägt

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	3,0	2,9	2,7
Umweltschützer	2,4	2,1	2,1
Industrievertreter	3,4	2,9	3,1
Umweltpolitiker	2,6	2,7	2,8

Tabelle 19

Frage 208

Eine Gesellschaft mit vielen Möglichkeiten für Bürger, an politischen Entscheidungen teilzunehmen

1 2 3 4 5 6 7

Eine Gesellschaft, in der politische Entscheidungen von den dafür Verantwortlichen getroffen werden

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	2,6	2,5	1,8
Umweltschützer	2,3	2,0	1,6
Industrievertreter	3,3	2,5	1,8
Umweltpolitiker	2,6	2,5	1,8

Tabelle 20
Frage 210

Eine Gesellschaft, in der Menschen hauptsächlich nach ihren menschlichen Qualitäten beurteilt werden

1 2 3 4 5 6 7

Eine Gesellschaft, in der Menschen hauptsächlich nach dem, was sie erreicht haben, beurteilt werden

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	2,6	3,2	3,2
Umweltschützer	2,1	2,6	2,9
Industrievertreter	2,9	3,4	3,4
Umweltpolitiker	2,5	3,2	3,1

Tabelle 21
Frage 205

Eine Gesellschaft, in der der Lebensstandard des einzelnen in erster Linie von dessen Leistung abhängt

1 2 3 4 5 6 7

Eine Gesellschaft, die strebt ist, den Grundbedürfnissen des einzelnen unabhängig von dessen Leistungen gerecht zu werden

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	3,1	4,0	3,1
Umweltschützer	3,7	4,4	3,8
Industrievertreter	2,2	3,0	1,8
Umweltpolitiker	3,5	3,9	2,8

Tabelle 22

Frage 209

Eine Gesellschaft, die Unterschiede in Fähigkeiten, Bildung und Leistung finanziell belohnt

1 2 3 4 5 6 7

Eine Gesellschaft, die Wert auf ähnlich hohe Einkommen für jeden legt

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	2,8	2,7	2,0
Umweltschützer	3,2	2,8	2,4
Industrievertreter	1,7	1,6	1,3
Umweltpolitiker	2,7	2,2	1,8

Tabelle 23

Frage 201

Eine Gesellschaft, die Wirtschaftswachstum fördert

1 2 3 4 5 6 7

Eine Gesellschaft, die Wirtschaftswachstum begrenzt

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	3,5	3,5	2,9
Umweltschützer	5,1	5,0	4,7
Industrievertreter	2,6	2,3	2,0
Umweltpolitiker	4,1	3,6	2,8

politiker, insbesondere in der Bundesrepublik, einer Begrenzung wirtschaftlichen Wachstum näherstehen. Im Vergleich zur Bundesrepublik und England sind die Amerikaner eher als Befürworter wirtschaftlichen Wachstums anzusehen.

Die dritte Fragengruppe in diesem Abschnitt des Fragebogens bezieht sich auf die Beurteilung staatlicher Kontrollmaßnahmen durch die Befragten. Bei der Durchsicht der Befunde (vgl. Tabelle 24, 25 und 26) zeigen sich deutlich mehr Unterschiede im internationalen Vergleich als im Vergleich zwischen den befragten Gruppen. In den angelsächsischen Ländern sind alle Befragte deutlich stärker der Ansicht, daß eine Gesellschaft anzustreben ist, in der der einzelne stärker durch den Staat kontrolliert wird. Die Befürchtung gegenüber der Kontrollfunktion des Staates ist in der Bundesrepublik Deutschland am stärksten ausgeprägt. Hier ergeben sich innerhalb der Bundesrepublik Deutschland jedoch kaum Unterschiede zwischen den einzelnen Zielgruppen der Befragung. In der Gegenüberstellung zwischen zentraler Planung gegenüber Marktwirtschaft zeigt sich die gleiche Tendenz. Die Betonung marktwirtschaftlicher Kräfte findet sich am stärksten in der Bundesrepublik, während in den angelsächsischen Ländern, abgesehen von den Industrievertretern, zentrale Planungsaufgaben dem Staat in stärkerem Maße zugeschrieben werden. Die Abschnitte 1 und 2 des Fragebogens bezogen sich auf grundlegendere ökologische und gesellschaftspolitische Wertvorstellungen. Die an diese Abschnitte anschließenden Fragen richteten sich auf Urteile der Befragten, die sich konkreter auf umweltpolitische Maßnahmen beziehen. Über die Beurteilung von Umweltpolitik hinaus werden Handlungsweisen der Befragten im privaten und politischen Raum abgefragt.

Im politischen Engagement rangieren die Befragten in der Bundesrepublik deutlich hinter denen in den USA und in Großbritannien. In England behaupten 15 % der allgemeinen Bevölkerung, umweltpolitisch aktiv zu sein. In den USA

Tabelle 24

Frage 203

Eine Gesellschaft, in der wenig gesetzlich geregelt und der einzelne kaum durch den Staat kontrolliert wird

1 2 3 4 5 6 7

Eine Gesellschaft, in der viel gesetzlich geregelt und der einzelne stark durch den Staat kontrolliert wird

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	3,9	6,0	6,1
Umweltschützer	3,4	5,6	5,2
Industrievertreter	3,2	6,2	6,5
Umweltpolitiker	3,5	5,8	5,7

Tabelle 25

Frage 207

Eine Gesellschaft, in der die Wirtschaft zentral geplant wird

1 2 3 4 5 6 7

Eine Gesellschaft, die sich auf die Marktwirtschaft verläßt

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	5,1	2,8	3,0
Umweltschützer	5,1	2,5	2,4
Industrievertreter	6,3	4,0	4,4
Umweltpolitiker	5,2	3,3	3,3

Tabelle 26

Frage 211

Eine Gesellschaft, in der das freie Ermessen des einzelnen stärker durch allgemeine Regeln, an die sich jeder halten muß, begrenzt wird

1 2 3 4 5 6 7

Eine Gesellschaft, in der das freie Ermessen des einzelnen eine Rolle spielt

	BRD	UK	USA
allgemeine Bevölkerung	4,1	3,0	2,4
Umweltschützer	3,8	3,2	2,7
Industrievertreter	4,6	3,1	2,4
Umweltpolitiker	4,2	3,0	2,7

sind dies 16 % und in der Bundesrepublik nur 10 % der Befragten. Ein ähnlicher Trend findet sich bei der Zugehörigkeit in Bürgerinitiativen im Umweltschutzbereich. In der Bundesrepublik äußern nur 2,6 % der Befragten, einer oder mehrerer Bürgerinitiativen anzugehören. In England sind dies 11,6 % und in den USA 10,5 % der Befragten. Auch bei den eher traditionellen Naturschutzorganisationen findet sich eine stärkere Mitgliederbasis in den angelsächsischen Ländern. Der Befund spiegelt sich in soziologischen Analysen der Umweltschutzbewegung in angelsächsischen Ländern und in der Bundesrepublik wider. Es kann sicher davon ausgegangen werden, daß die Partizipation der Bevölkerung an Umweltbelastungen in den angelsächsischen Ländern ausgeprägter ist, eine größere Tradition hat.

In der umweltpolitischen Diskussion in unserer Zeit vollzieht sich ein Wandel. Die isolierte Betrachtung einzelner Umweltmedien (Wasser, Luft, Lärm, Boden etc.) weicht einer systemaren ökologischen Gesamtbetrachtung. Dieser Wandel ist sowohl wissenschaftlich als auch politisch administrativ außerordentlich schwer zu vollziehen. Er ist zur Zeit sicher nicht mehr als eine Forderung, die sich aus der Einsicht der komplexen Vernetzung ökologischer Probleme herleitet. In der politischen Administration findet sich nach wie vor eine mediale Orientierung. Wie nimmt die Bevölkerung Prioritäten zwischen unterschiedlichen Umweltmedien wahr? Bei der Abwägung der politischen Dringlichkeit in unterschiedlichen medialen Umweltbereichen aktiv zu werden, fällt zunächst auf, daß die perzipierte Dringlichkeit zwischen den einzelnen medialen Bereichen nicht stark differenziert (vgl. Tabelle 27). Wenn dennoch eine differenzierte Betrachtung vorgenommen werden soll, so kann mit Blick auf die allgemeine Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland festgehalten werden: im Zentrum der Besorgnis stehen Fragen der Wasserverschmutzung, der giftigen Industrieabfälle und des Atommülls. Luftverschmutzung, Energiefragen und Probleme

Tabelle 27

Prioritäten zwischen unterschiedlichen
Umweltmedien

- allgemeine Bevölkerung -
- internationaler Vergleich -

	BRD	UK	USA
	1)		
Lärm	6,3	4,9	4,1
Luftver- schmutzung	6,4	5,8	5,4
Wasserver- schmutzung	6,6	6,6	5,7
Bevölkerungs- wachstum	5,0	5,3	4,4
Hausmüll	5,4	5,3	5,2
Giftige Industrie- abfälle	6,6	6,2	5,7
Atommüll	6,5	6,2	5,7
Zerstörung von Stadt u. Land	6,1	5,8	5,4
Ausbeutung der Natur	6,0	6,2	6,4
Energie	6,4	6,1	6,1

1) \bar{x} auf der Skala von 1 (nicht dringend) bis 7
(sehr dringend)

des Lärmschutzes rangieren leicht dahinter, während die Sorge um die mit dem Bevölkerungswachstum zusammenhängenden Probleme und Fragen des Abfalls, des Hausmülls gegenüber den genannten Problembereichen in den Hintergrund treten. Der Blick auf unsere Vergleichsländer zeigt bei Vernachlässigung der Schwankung zwischen den einzelnen Umweltmedien eine generell ausgeprägtere Besorgnis mit Bezug auf Umweltfragen in der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Dies scheint mir in Verbindung mit dem Ergebnis ein interessanter Befund zu sein, daß die Deutschen optimistischer als die Befragten in den anderen Ländern in die (Umwelt)Zukunft blicken. Die Befragten in der Bundesrepublik sind zuversichtlicher, daß Umweltprobleme in den nächsten zehn Jahren gelöst werden können. Sie sind zuversichtlicher, obwohl sie die Bedrohung, die von den Umweltproblemen ausgeht, genauso stark oder stärker sehen als die Befragten in den angelsächsischen Ländern. Die Zukunftshoffnungen sind offensichtlich stärker von den Möglichkeiten staatlicher Regulationen abhängig. Hier zeigt sich bei den Befragten in der Bundesrepublik eine größere Zufriedenheit mit den umweltpolitischen Maßnahmen ihrer Regierung als dies in den anderen Ländern der Fall ist (vgl. Tabelle 28).

Der Zukunftsoptimismus der Deutschen mag auch mit ihrem größeren Vertrauen in die Problemlösungspotenz von Wissenschaft, Technik und Industriegesellschaft zusammenhängen. Der oben angesprochene Befund, daß die Befragten der Bundesrepublik die einzelnen medial aufgegliederten Umweltprobleme als dringlicher sehen, findet sich in einer globalen Betrachtung wieder. Bei der Beurteilung der Dringlichkeit von "Umwelt" gegenüber anderen Politikbereichen zeigen sich zwischen den Erhebungsländern deutliche Unterschiede (vgl. Tabelle 29).

Tabelle 28

Zufriedenheit mit der Umweltpolitik

- allgemeine Bevölkerung -
- internationaler Vergleich -

	\bar{x} 1)	s
BRD	3,6	1,8
UK	2,6	1,4
USA	2,9	1,5

1) Skala von 1 (unzufrieden) bis 7 (zufrieden)

Tabelle 29

Perzipierte Dringlichkeit von "Umwelt" gegenüber
anderen Politikbereichen

- allgemeine Bevölkerung -
- internationaler Vergleich -

	Rangplatz		
	BRD	UK	USA
Soziale Einrichtungen	4	2	4
Recht und Ordnung	5	3	3
Wirtschaft	1	1	1
Energieversorgung	2	4	2
Umweltschutz	3	5	5
Außenpolitik	6	6	6

Während in der Bundesrepublik Umweltschutz auf Platz 3 hinter Fragen der Wirtschaft und der Energieversorgung rangiert, findet sich dieser Politikbereich in England und in den USA auf Platz 5 der Rangreihe der von uns aufgelisteten Politikbereiche (vgl. Tabelle 29).

Umweltfragen sind zum politischen Problem geworden. Die Mehrzahl der von uns Befragten meint, daß zur Lösung der Umweltprobleme beträchtliche gesellschaftliche Veränderungen oder ein gänzlich neues Gesellschaftssystem erforderlich sind. 65 % der Befragten der Bundesrepublik glauben dies, in England sind es 73 % und in den USA sogar 75 % der Befragten. Der Einschätzung der Umweltprobleme als gesellschaftspolitische Aufgabe entspricht es, wenn aus der Sicht der Befragten die Lösung der Umweltfragen nicht in erster Linie den Fachleuten in Administration, Politik und Wissenschaft überlassen werden sollte. Initiativen zur Lösung der Umweltprobleme werden in allen drei Ländern in erster Linie von den Bürgern selbst, die sich in Naturschutzorganisationen und Bürgerinitiativen zusammengeschlossen haben, erwartet.

Die dargestellten umweltpolitischen Einstellungen der allgemeinen Bevölkerung differenzieren sich in den Zielgruppen der Untersuchung stark auf. Hier gibt es große Unterschiede. In der allgemeinen Bevölkerung der Bundesrepublik sind ca. 30 % der von uns Befragten mit der Umweltpolitik der Bundesregierung unzufrieden. Das Unzufriedenheitspotential verdoppelt sich bei den Umweltschützern auf 63 %, während die Vertreter der Industrie mit 30 % und der Umweltpolitiker mit 28 % relativ dicht an dem Urteil der allgemeinen Bevölkerung liegen. In der Beurteilung des Problemlösungspotentials unterschiedlicher gesellschaftlicher Bereiche für die anstehenden Umweltfragen gibt es deutliche Unterschiede zwischen den befragten Gruppen.

Tabelle 30

Ausmaß der Einschätzung der notwendigen gesellschaftlichen
Veränderung als Voraussetzung für die Lösung der Umwelt-
probleme

- allgemeine Bevölkerung -
- internationaler Vergleich -

	BRD (%)	UK (%)	USA (%)
keine Änderung notwendig	16,3	10,2	9,5
beträchtliche Änderung notwendig	58,8	49,7	59,9
neue Gesellschafts- ordnung notwendig	8,5	23,7	14,7
Veränderung ist nicht zu erreichen	13,1	11,0	7,7
Umwelt ist kein Problem	2,0	1,4	1,0

Während Politiker und Industrievertreter hohe Erwartungen in Wissenschaft und Technik setzen, vertrauen die Mitglieder von Umweltschutzorganisationen eher auf einen politischen Basisdruck. Hier spiegelt sich eine unterschiedliche Sichtweise der Umweltproblematik wieder. Technisch-wissenschaftliche Lösungen innerhalb des bestehenden gesellschaftlichen Systems konkurrieren mit der Vorstellung, daß wir die Umweltprobleme in den Industrieländern nur über eine Änderung der gesellschaftlichen Ordnung in den Griff bekommen können. (vgl. Tabelle 31).

Trotz dieser Unterschiede in der Beurteilung möglicher Lösungsstrategien zur Umweltproblematik stehen alle Gruppen, die wir in unsere Befragung einbezogen haben, Umweltschutzgruppen relativ positiv gegenüber (vgl. Tabelle 32).

Auch von Politikern und Vertretern der Industrie wird die Notwendigkeit der Unterstützung durch breite Bevölkerungsgruppen offensichtlich persönliches Engagement wird akzeptiert. Die Mehrzahl aller Befragten akzeptiert für sich höhere Belastungen, wenn dafür in ihrem lokalen Umfeld sichtbar Maßnahmen gegen die Umweltverschmutzung ergriffen werden können. In der allgemeinen Bevölkerung sind dies 66 %, bei den Umweltschützern 87, bei den Industrievertretern 68 und bei den Politikern 84 % der Befragten.

Im -vielleicht künstlich hier induzierten- Zielkonflikt zwischen Arbeitslosigkeit und Umweltschutz zeigen sich in der politischen Bewertung deutliche Unterschiede in den Zielgruppen. In der Stichprobe der allgemeinen Bevölkerung in der Bundesrepublik sind es 35 % der Befragten, die sich hier zugunsten des Umweltschutzes entscheiden. Bei den Umweltschützern sind es 68 %, bei den Industrievertretern 29 % und bei den Politikern 48 % der Befragten. Gerade bei der Beurteilung dieser Frage muß sich vor Augen geführt werden, daß die Befragung

Tabelle 31

Beitrag zur Lösung der Umweltproblematik

- Bundesrepublik Deutschland -
 - Zielgruppenvergleich -

\bar{x}	allgemeine Bevölkerung.	Umwelt- schützer	Indu- strielle	Politiker
Gewerkschaften	2,6 ¹⁾	2,3	2,4	2,5
Naturschutzver- bände, Bürger- initiativen	5,7	6,1	4,6	5,2
Regierung in Bund und Ländern	4,8	3,8	5,0	5,1
Politische Parteien	3,9	3,2	4,2	4,4
Industrie	3,1	2,7	4,7	3,5
Wissenschaftler und Techniker	5,2	4,7	5,8	5,5
Bevölkerung	4,0	3,9	3,8	3,9

1) Skala von 1 (wenig) bis 7 (viel)

Tabelle 32

Einstellung gegenüber Umweltschutzgruppen

- Bundesrepublik Deutschland -
- Zielgruppenvergleich -

	\bar{x} 1)
allgemeine Bevölkerung	5,7
Umweltschützer	6,6
Industrielle	4,5
Politiker	5,4

1) Skala von 1 (dagegen) bis 7 (dafür)

1980 stattfand. Bei der gegebenen Zuschärfung auf dem Arbeitsmarkt in den westlichen Industrienationen in den letzten zwei Jahren kann es hier möglicherweise eine Verschiebung in den Urteilsstrukturen geben.

Wie bereits herausgestellt, zeigen sich die Größenunterschiede in dieser Befragung, nicht in den allgemeinen Einschätzungen der Problemsituation selbst, sondern in den Lösungsstrategien. Offensichtlich konkurrieren technische und politische Lösungswege. Die unterschiedlichen Denkansätze zur Lösung der Umweltprobleme sind in unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen verschieden vertreten. Mehr als die Hälfte aller Befragten ist der Ansicht, daß wir zur Lösung der Umweltfragen in unserer Zeit beträchtliche Änderungen im gesellschaftlichen System brauchen. Dies gilt für alle Gruppen, die wir in der Bundesrepublik befragt haben. Sicher sind die Änderungen, die die unterschiedlichen Gruppen im Auge haben nicht die gleichen. Dennoch bleibt aber festzuhalten, daß mehr als die Hälfte aller Befragten und dies gilt eben nicht allein für die Vertreter von Umweltschutzinitiativen, sondern auch für führende Industrievertreter und Umweltpolitiker der Ansicht sind, daß wir in der derzeit bestehenden gesellschaftlichen Ordnung nur schwer mit den Umweltproblemen zurechtkommen werden. Während etwa die Hälfte der Befragten beträchtliche gesellschaftliche Änderungen für notwendig hält, verteilt sich die Einstellung der anderen Hälfte der Befragten in unterschiedlichen Gruppen sehr verschieden. Niemand von den Industrievertretern und nur 2 % von den Politikern meinen, wir bräuchten eine neue Gesellschaftsordnung. Diese Ansicht vertreten aber knapp 20 % der Umweltschützer und 8,5 % der allgemeinen Bevölkerung. Das wir im Rahmen unserer gesellschaftlichen Ordnung ohne Eingriffe in die gesellschaftliche Struktur mit den Umweltproblemen fertig werden können, meinen in nennenswertem Umfang nur Vertreter der Industrie und der Politiker. (vgl. Tabelle 33).

Tabelle 33

Ausmaß der Einschätzung der notwendigen gesellschaftlichen
Veränderung als Voraussetzung für die Lösung der
Umweltprobleme

- Bundesrepublik Deutschland -
- Zielgruppenvergleich -

	allgemeine Bevölkerung.	Umwelt- schützer	Indu- strielle	Politiker
keine Änderung notwendig	16,3	6,1	37,7	23,5
beträchtliche Änderung not- wendig	58,8	69,4	52,3	61,8
neue Gesell- schaftsordnung notwendig	8,5	19,4	./.	2,0
Veränderung ist nicht zu er- reichen	13,1	2,0	5,4	11,8
Umwelt ist kein Problem	2,0	./.	3,1	./.

Diese Einstellungsunterschiede finden sich in ähnlicher Weise auch bei der Beurteilung direkter Bürgeraktionen zur Beeinflussung von Planungen von Flughäfen, Kernkraftwerken etc. wieder. In der allgemeinen Bevölkerung finden sich etwa gleichviel Befürworter wie Gegner direkter Bürgeraktionen. Von den Umweltschützern - wobei hier noch einmal ins Gedächtnis gerufen werden soll, daß es sich hierbei nicht allein um Mitglieder in Bürgerinitiativen, sondern auch um Vertreter traditioneller Naturschutzorganisationen handelt - sind 77 % der Befragten für direkte Aktionen von Bürgern zur Durchsetzung von Umweltbelangen. Von den Industrievertretern sprechen sich 60 % der Befragten gegen direkte Bürgeraktionen aus. Politiker nehmen eine Mittelposition ein, die sich sehr stark an die Auffassung der allgemeinen Bevölkerung angleicht.